

Der Kalte Krieg

von
Zeitschrift DAMALS

1. Auflage

Der Kalte Krieg – Zeitschrift DAMALS

schnell und portofrei erhältlich bei beck-shop.de DIE FACHBUCHHANDLUNG

Theiss Verlag, Stuttgart 2010

Verlag C.H. Beck im Internet:

www.beck.de

ISBN 978 3 8062 2385 9

wichtiger, als die Glaubwürdigkeit der Abschreckung ja voraussetzte, dass man immer wieder die Bereitschaft signalisierte, notfalls Krieg zu führen. Dieses Gefühl sollte vor allem der Zivilschutz suggerieren. In Nordamerika, Europa und der Sowjetunion gab es daher schon bald nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs umfangreiche Zivilschutzprogramme. Sie sollten das Überleben der Regierung, der Funktionsebenen und eines möglichst großen Teils der Bevölkerung sichern, dem Gegner Widerstandswillen signalisieren und der eigenen Bevölkerung eine psychologische Rückversicherung bieten.

In der Praxis stießen solche Zielsetzungen schnell an Machbarkeitsgrenzen. Zum einen wurden die Schutzmaßnahmen von der rasanten Weiterentwicklung der Waffensysteme überholt, zum anderen reagierte die Bevölkerung oft mit Apathie und Zynismus oder verweigerte sich in

„Duck and cover“ – im Fall eines Atomwaffenangriffs sollten sich die Schulkinder unter ihre Bänke kauern, wie hier während einer Luftschutzübung demonstriert wird.



subversiver Opposition. So stieß etwa der Schutzraumbau, den die Regierung Eisenhower Anfang der 1950er Jahre der Eigeninitiative der Amerikaner überließ, auf geringes Interesse.

Der öffentliche Zivilschutz in den USA konzentrierte sich neben Infrastrukturprojekten, dem Bau von Regierungsbunkern und gewaltigen militärischen Kommandoeinrichtungen vor allem auf die Verbreitung von Informationsmaterial. Broschüren, Handbücher und Lehrfilme wie „Duck and Cover“ (1951) stellten die wichtigsten Schutzmaßnahmen im Fall eines atomaren Überraschungsangriffs dar. Aufwendig gestaltete Zivilschutzübungen ergänzten die mediale Offensive. Die Kombination aus Theater und Drill sollte helfen, die Ängste zu entschärfen: Die Menschen sollten den Atomkrieg als durchaus reale, aber zu überlebende Störung des Alltags begreifen.

Unsere Kenntnis der sowjetischen Schutzprogramme ist immer noch lückenhaft. Immerhin wird deutlich, dass man sich auf die Entzerrung urbaner Zentren und den Schutz von Industrieanlagen konzentrierte. Da die Führung seit Mitte der 1950er Jahre den Zivilschutz als Ergänzung zur Landesverteidigung verstand, wurde er nach dem Vorbild militärischer Einheiten organisiert. Studien aus jüngerer Zeit geben auch in der UdSSR Hinweise auf eine weitverbreitete Unwilligkeit, Apathie oder gar Opposition gegen staatliche Zivilschutzmaßnahmen.

In den beiden deutschen Staaten standen Zivilschutzmaßnahmen vor besonderen Herausforderungen, denn nach den Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs war die Skepsis gegenüber dem Luftschutz weit verbreitet. Obwohl die DDR über andere Möglichkeiten der Massendisziplinierung verfügte als die Bundesrepublik, entwickelte sich der Zivilschutz auch hier bis in die 1960er Jahre nur langsam. Selbst in Partei- und Militärkreisen gab es erhebliche Zweifel an der Sinnhaftigkeit der Programme. Auch in der Bundesrepublik spielte die Luftkriegserfahrung eine wichtige Rolle. Die Regierung Adenauer, die sich seit Ende 1950 um den Aufbau eines Luftschutzes bemühte, sorgte sich vor allem um die psychologischen Auswirkungen auf die aus ihrer Sicht geradezu pathologisch verängstigte Bevölkerung.

Wie demoskopische Erhebungen zeigen, war die öffentliche Akzeptanz der Maßnahmen bescheiden. Man misstraute ihnen und glaubte zudem nicht, dass ein sowjetischer Angriff erfolgreich abgewehrt werden könne. Darüber hinaus waren die bundes-



deutschen Planer mit dem fundamentalen Widerspruch aller Zivilschutzprogramme im Kalten Krieg konfrontiert, den der Historiker Christian Th. Müller so beschrieben hat: „Mehr denn je wurde die offizielle Rede vom Luftschutz daher zu einem System des Emotionenmanagements, das die Ängste der Bevölkerung vor den Wirkungen eines auch nuklear geführten Krieges regulieren und diese für die disziplinierte Teilnahme an Luftschutzmaßnahmen mobilisieren sollte. Die Propagandisten von Luftschutz und Zivilverteidigung standen dabei ganz allgemein vor dem Problem, die Bevölkerung einerseits durch Betonung der Gefahren von der Notwendigkeit und andererseits durch Kleinreden der Vernichtungswirkung von der Effektivität auch einfacher Schutzvorkehrungen zu überzeugen. In der Praxis endete ein derartiger Balanceakt bei der Masse der Bevölkerung entweder in Gleichgültigkeit oder Fatalismus.“

Propaganda und Psychologie im Kalten Krieg

Die kollektive Angst vor der thermonuklearen Vernichtung war das herausragende Merkmal des Kalten Krieges. Sie unterschied sich von der Kriegsangst vorhergehender Epochen vor allem durch die Einschätzung, dass ein Atomkrieg das Ende der Geschichte und die totale und endgültige Vernichtung menschlichen Lebens bedeute. „Der Unterschied

zwischen Kriegen der Vergangenheit und einem totalen Atomkrieg“, so der Politikwissenschaftler Michael Mandelbaum, „entspricht dem Unterschied zwischen Zerstörung und Vernichtung“.

Diese Empfindungen wurden in Literatur, Musik und Film thematisiert, teilweise im Rahmen einer weltweiten Friedensbewegung artikuliert und von den betroffenen Regierungen kritisch analysiert. Da die US-Regierung eine Beeinträchtigung ihrer Position im Ost-West-Konflikt befürchtete, suchte sie seit 1953 systematisch nach Auswegen aus dem nuklearen Dilemma – einem Drahtseilakt zwischen dem kalkulierten Umgang mit der Furcht vor dem Atomkrieg (was die Hochrüstung legitimieren und die Gegenseite glaubhaft abschrecken sollte) und der Sorge, dass ein überzogenes Bedrohungsszenario Panik hervorrufen könnten.

Aus der Einsicht, dass zwischen der Abschreckungsdoktrin und der kollektiven Gemütsverfassung der öffentlichen Meinung ein enger Zusammenhang bestand, entwickelte die Eisenhower-Administration ein ambitioniertes Programm zur Eindämmung nuklearer Ängste. In einem ersten Schritt sollte die Öffentlichkeit durch Zivilschutzmaßnahmen auf der Grundlage des *emotion management* für den Ernstfall und das Leben nach der Bombe konditioniert

Möglichst große Teile der Bevölkerung sollten den radioaktiven Fallout überleben: Die Studenten im Bild nahmen drei Tage lang in Lake Charles, Louisiana, an einem Experiment zum Leben in Luftschutzbunkern teil.

Chronologie: Die Berlin-Krisen 1948/49 und 1958 – 1963

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs wird die inmitten der Sowjetischen Besatzungszone gelegene Vier-Sektoren-Stadt Berlin gemeinsam durch die Alliierte Kommandantur verwaltet.

März – Juni 1948

In London ebnet eine Sechs-Mächte-Konferenz der drei westlichen Alliierten und der BeNeLux-Staaten den Weg zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Daraufhin stellt die Sowjetunion ihre Mitarbeit im Alliierten Kontrollrat, der obersten Regierungsinstanz im besetzten Deutschland, ein. Damit ist klar, „dass die Vier-Mächte-Regierung zusammengebrochen war, und dass die Spaltung Deutschlands nun Wirklichkeit geworden war“ (so der US-Militär-gouverneur Lucius D. Clay). Am 16. Juni 1948 verlässt die Sowjetunion auch die Berliner Alliierte Kommandantur.

20. Juni 1948

Die Einführung der D-Mark durch die drei Westmächte treibt die Spaltung Deutschlands voran. Am 23. Juni 1948 ordnet die Sowjetunion in ihrer Besatzungszone sowie für alle Sektoren Berlins eine eigene Währungsreform an. Die Westalliierten erklären diesen Beschluss hinsichtlich West-Berlins für ungültig und kündigen an, in ihren Sektoren die D-Mark einzuführen.

24. Juni 1948

In der Absicht, die Kontrolle über ganz Berlin zu erlangen, blockiert die Sowjetunion die Land- und Wasserverbindungen zwischen Berlin und den Westzonen. Eingestellt wird zudem die Stromversorgung der Westsektoren durch das Großkraftwerk Zschornowitz. Nicht betroffen ist der Personenverkehr innerhalb Berlins; die Berliner S-Bahn und die anderen Beförderungssysteme unterliegen keinen Einschränkungen.

26. Juni 1948

Eine Luftbrücke, die General Clay auf der Grundlage der 1945 zwischen den Alliierten vereinbarten Luftkorridore einrichten lässt und an der sich auch Großbritannien beteiligt, stellt die Versorgung der West-Berliner Bevölkerung sicher. Bis zum 27. August 1949 landen die „Rosinenbomber“ im Drei-Minuten-Takt. Den Durchhaltewillen der Berliner stärkt maßgeblich der 1947 zum Berliner Oberbürgermeister gewählte Ernst Reuter (SPD), der wegen eines sowjetischen Vetos sein Amt offiziell erst seit dem

7. Dezember 1948 ausübt – nunmehr als West-Berliner Oberbürgermeister.

12. Mai 1949

Ein Abkommen zwischen den USA und der UdSSR hebt die Blockade auf.

Mai 1949

Am 23. Mai erfolgt die Gründung der Bundesrepublik Deutschland; erster Bundeskanzler wird Konrad Adenauer (CDU), erster Bundespräsident Theodor Heuss. Am 7. Oktober 1949 tritt die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik in Kraft; ihr erster Präsident wird Wilhelm Pieck, ihr erster Ministerpräsident Otto Grotewohl (beide SED).

1950er Jahre

Seit 1952 riegelt die DDR die innerdeutsche Zonen-grenze systematisch ab. Zur wachsenden Abschot-tung beider Teilstaaten tragen die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die NATO und die der DDR in den Warschauer Pakt (1955) erheblich bei.

27. November 1958

Der sowjetische Ministerpräsident Nikita Chruschtschow kündigt den Vier-Mächte-Status Berlins und fordert, dass West-Berlin binnen sechs Monaten in eine entmilitarisierte freie Stadt umgewandelt wird, sonst gingen die sowjetischen Berlinrechte an die DDR über. Um ihre Rechte zu wahren und eine Schwächung des Westens und Berlins zu vermeiden, weisen die Westmächte und die Bundesrepublik dieses Ultimatum kategorisch zurück, Willy Brandt, der Regierende Bürgermeister West-Berlins, erlangt durch seinen Widerstand gegen die anhaltende sowjetische Drohpolitik große Popularität.

3./4. Juni 1961

Bei einem Gipfeltreffen mit dem neuen US-Präsidenten John F. Kennedy in Wien erneuert Chruschtschow sein Berlin-Ultimatum.

25. Juli 1961

In einer Rundfunkansprache betont Kennedy das unantastbare Recht der Westmächte auf Anwesenheit in ihren Sektoren und auf freien Zugang nach Berlin. Er erklärt die Sicherheit und den Erhalt der Freiheitsrechte der Bürger West-Berlins zum ausdrücklichen politischen Ziel.

13. August 1961

Die DDR schließt die Grenze zu West-Berlin und beginnt mit dem Bau der Berliner Mauer.

Gipfeltreffen in Wien 3./4. Juni 1961



Das Treffen der Kontrahenten

Roland Popp

Während des Kalten Krieges gab es abseits der vielen Konflikte immer auch Phasen aufkeimender Hoffnung, der Antagonismus zwischen den beiden Supermächten ließe sich auf dem Verhandlungsweg mäßigen. Besonderes Augenmerk lag dabei auf den persönlichen Zusammenkünften von Regierungschefs und Staatslenkern der großen Mächte. 1950 prägte Winston Churchill für derartige Ereignisse die Bezeichnung „Gipfel“ (*summit*), eine Metapher, die bald nahezu für eine Vielzahl unterschiedlicher diplomatischer Zusammenkünfte verwendet wurde (und wird).

Die Vorstellung, die führenden Repräsentanten verfeindeter oder konkurrierender Staaten müssten sich im Interesse des Friedens persönlich treffen, war auch in den Jahren des Kalten Krieges weit verbreitet. Abseits der Zwänge heimischer Öffentlichkeiten, widerstrebender Parteiorganisationen und Parlamente und fernab alarmistischer, immer zur Eskalation bereiter Regierungsbürokratien und Militärführungen könne man im persönlichen Austausch Vertrauen aufbauen und Lösungen für die Probleme finden, glaubten nicht wenige. Über jedem Gipfel dieser Art hing aber immer das Damoklesschwert des Scheiterns – gerade britische und amerikanische Vertreter wussten ob der Gefahr, bei vermeintlich zu großem Entgegenkommen gegenüber dem weltpolitischen Kontrahenten zu Hause

rasch des „Ausverkaufs“ und des „Appeasement“ bezichtigt zu werden. Die Erfahrungen von München 1938 und Jalta 1945 und deren Folgen waren durchweg präsent.

Besonders dringlich erschien eine Intensivierung der diplomatischen Bemühungen in den später so titulierten „Krisenjahren“ des Kalten Krieges zwischen 1958 und 1963. Obwohl nach 1945 der von vielen erwartete große Waffengang zwischen Ost und West ausgeblieben war, waren die Spannungen zwischen den Mächten nicht abgeflaut; auch hatte sich im Zuge der Dekolonisierung eine ganze Reihe neuer geographischer Reibungspunkte auf dem gesamten Globus herauskristallisiert: im Nahen und Mittleren Osten, in der Karibik und Lateinamerika, in den gerade unabhängig gewordenen Staaten Af-

Auf der Couch:
Nikita Chruschtschow und John F. Kennedy während des Gipfeltreffens in Wien (3. Juni 1961).



Der Bürgerkrieg in Angola brach im März 1975 aus. Das Foto vom Oktober dieses Jahres zeigt portugiesische Söldner und Soldaten der Frente Nacional da Libertação de Angola (Nationale Front zur Befreiung Angolas, FNLA), die gemeinsam gegen die Movimento Popular de Libertação de Angola (Volksbewegung zur Befreiung Angolas, MPLA) kämpften.

rekte militärische Niederlage. Gleichzeitig weitete man den Krieg allerdings 1970/71 auf Kambodscha und Laos aus, um Rückzugsgebiete der Volksbefreiungsarmee überrennen – eine Aktion, die kaum militärischen Erfolg hatte, aber die Ineffizienz der südvietnamesischen Armee zeigte, die Region weiter destabilisierte und indirekt zur genozidalen Herrschaft der Roten Khmer in Kambodscha führte.

Am 27. Januar 1973 unterzeichneten William P. Rogers, Nguyen Duy Trinh, Tran Van Lam und Nguyen Thi Binh, die Außenminister der USA, Nord- und Südvietnams sowie der provisorischen Revolutionsregierung Südvietnams (Vietcong), in Paris einen Waffenstillstand, der den Abzug der letzten amerikanischen Truppen und die Anerkennung Südvietnams durch den Norden, aber auch den Verbleib der nordvietnamesischen Truppen im Süden vorsah. Amerika hatte seinen Weg aus dem Vietnam-Krieg gefunden. Allerdings gelang es nicht wirklich, einen Gesichtsverlust zu vermeiden, denn Südvietnam, das immer am amerikanischen Tropf gehangen hatte, überlebte nicht. Im März 1975 be-

gann Nordvietnam, in der richtigen Annahme, die durch die Watergate-Affäre und den Rücktritt Nixons angeschlagenen USA würden nicht intervenieren, eine Großoffensive gegen den Süden. Am 1. Mai 1975 fiel Saigon. Der 30-jährige Krieg in Indochina war vorbei.

Afrika und Lateinamerika

Ebenfalls fast 30 Jahre dauerte der Bürgerkrieg im südwestafrikanischen Angola. Wie der Vietnam-Krieg ging er aus einem Dekolonisationskonflikt hervor: Seit 1961 kämpfte dort die Volksfront zur Befreiung Angolas (Movimento Popular de Libertação de Angola, MPLA) gegen die portugiesische Kolonialherrschaft. Um nach der Unabhängigkeit 1975 einen Sieg der kommunistischen MPLA über die konkurrierenden, vom Westen unterstützten Befreiungsorganisationen Frente Nacional de Libertação de Angola (FNLA) und União Nacional para a Independência Total de Angola (UNITA) abzuwenden, aber auch, um ein dem Kampf gegen die Apartheid verschriebenes Regime in Luanda zu verhindern, marschierte Südafrika mit Ermutigung Washingtons in Angola ein. Dies führte direkt zur Intervention Kubas auf Seiten der MPLA, eine Entscheidung, die Präsident Fidel Castro traf, ohne

Moskau im Voraus zu konsultieren, die die Sowjetunion aber nachträglich mit Finanz- und Waffenhilfe aktiv unterstützte. Auch wenn Havanna und Pretoria in Angola durchaus nationale Eigeninteressen verfolgten, kann der Angola-Krieg, der erst Ende 1988 durch ein Abkommen mit Südafrika beendet wurde, als klassisches Beispiel für einen vom Kalten Krieg überformten Konflikt dienen, in dem sogar die ausländischen Interventionsmächte ihrerseits nur als Stellvertreter der Supermächte fungierten.

Auch die vormals belgische Kolonie Kongo (heutige Demokratische Republik Kongo) stürzte unmittelbar nach der Unabhängigkeit 1960 in einen blutigen Bürgerkrieg, an dem mehrere ausländische Mächte indirekt beteiligt waren. Die Sowjetunion stand hinter dem Ministerpräsidenten Patrice Lumumba (allerdings mangels Mitteln zur überseeischen Machtprojektion eher mit Worten als mit Taten); die ehemalige Kolonialmacht Belgien unterstützte die Sezession der rohstoffreichen Südprowinz Katanga. Die USA wiederum betrieben den Sturz Lumumbas (der 1961 vermutlich mit Billigung der CIA ermordet wurde) und förderten die Machtübernahme des Stabschefs der Armee, Mobutu Sese-Seko. Kongo (seit 1971 Zaire) blieb auch über das Ende des Kalten Krieges hinaus eine von den USA massiv finanziell unterstützte prowestliche Diktatur.

Besonders empfindlich reagierten die Vereinigten Staaten auf die Gefahr sozialistischer Regime in Lateinamerika, das sie nicht zuletzt aufgrund der Monroe-Doktrin (1823 hatte Präsident James Monroe unter anderem ein Ende der Kolonialisierung in der westlichen Hemisphäre gefordert und ein Eingreifen der USA für den Fall angekündigt, dass die europäischen Kolonialmächte sich nicht daran hielten) als Sphäre ihres Einflusses betrachteten. Den Sturz der Somoza-Diktatur in Nicaragua durch die linksgerichteten Sandinisten 1979, die von Kuba und der Sowjetunion mit Hunderten von Millionen Dollar Militärhilfe unterstützt wurden, beantworteten die USA mit der Aufrüstung der antikommunistischen Contras. Diese führten bis nach dem Ende des Kalten Krieges, auf US-Truppen im benachbarten Honduras gestützt, einen blutigen Bürgerkrieg gegen die Sandinisten, der an die 50 000 Todesopfer forderte. Die sandinistische Führung Nicaraguas wiederum rüstete die sozialistische Befreiungsfront im benachbarten El Salvador für ihren Kampf gegen die konservative Regierung mit sowjetischen Waffen aus – die über Kuba nach Mittelamerika ge-

langten –, während die Regierung in San Salvador von den USA mit 5,5 Milliarden Dollar Wirtschafts- und Militärhilfe (1981–1991) gefördert wurde. Nicaragua wie El Salvador zeigen exemplarisch, wie unter den Auspizien der Blockkonfrontation selbst Bürgerkriege in drittrangigen Staaten der „Dritten Welt“ von den Supermächten oder ihren regionalen Stellvertretern jahrzehntelang am Kochen gehalten und mit Waffenlieferungen geschürt und intensiviert wurden, um einen Sieg des gegnerischen Blocks um fast jeden Preis zu verhindern.

Fazit

Auch ohne den globalen Ost-West-Konflikt wäre die „Dritte Welt“ in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wohl kein sehr friedlicher Ort gewesen. Nicht zuletzt als Folge der europäischen Kolonialherrschaft und der wirtschaftlichen Dominanz des Westens, aber auch, weil ein Bewusstsein für den Wert nicht-kriegerischer Streitlösungen – das in der nördlichen Hemisphäre mit den Millionenopfern der beiden Weltkrie-

Die USA förderten 1965 die Machtübernahme des Stabschefs der Armee, Mobutu Sese Seku, in Zaire (hier während der Auseinandersetzungen um die rohstoffreiche Provinz Shaba).





„Man lebt nur zweimal“ – wie James Bond engagierte sich auch sein Autor Roald Dahl lebhaft im Kalten Krieg, der für ihn vor allem ein Kampf um den kulturellen und technologischen Vorsprung war.

Popkultur wie aus dem zunehmenden materiellen Mangel, den der technologische Wettkampf für die Bürger mit sich brachte. Konsumkultur, Jeans, Jazz und Stars wie Elvis Presley zogen Jugendliche in Ost und West in ihren Bann. Und gerade weil die Machthaber Pop und Konsum als kapitalistisch diffamierten, mutierte diese Musik zu einer geheimen Sprache des Protests. In den 50er und 60er Jahren mündeten diese Konfrontationen in einer Reihe von kommunistischen Staaten in einen unterschweligen Widerstand gegen den Mangel an kultureller, internationaler und materieller Offenheit – was wiederum die

kommunistischen Entscheidungsträger zu einer graduellen kulturellen Öffnung ermutigte.

In dem technologischen und kulturellen Wettlauf gab es weder Gewinner noch Verlierer. Im *space race* sahen sich beide Systeme als Sieger an: Die Sowjets konstatierten, sie hätten als Erste einen Menschen ins All geschickt; die USA verkündeten, sie seien als Erste auf dem Mond gelandet. Kulturell war die Sachlage noch weniger eindeutig: Die Sowjetunion trat mit einem unwiderstehlichen Argument an; Antiamerikanismus, der Europa (wie Lateinamerika und viele Regionen in Asien) seit Jahrzehnten beschäftigte und der nach dem Fall der Berliner Mauer die Menschen in Ost und West erneut in seinen Bann zog. Die USA verwandten einen wesentlichen Teil ihrer Kultur- und Informationsprogramme in Europa und der „Dritten Welt“ auf den Versuch, den kulturellen Antiamerikanismus aus dem Weg zu räumen; gelungen ist ihnen das letztlich nicht.

Ebenso unscharf wie der Unterschied zwischen Gewinnern und Verlierern blieb der zwischen Krieg und Stellvertreterkrieg. Am Ende der Geschichte des großen gläsernen Fahrstuhls lädt Präsident Gili-grass Charlie und seine Freunde in das Blaue Zimmer des Weißen Hauses ein, um sie für ihre Tapferkeit im Weltraum zu ehren. Die wichtigsten Köpfe der Nation sollen der Zeremonie beiwohnen, dazu die Kinderschwester und die Katze des Präsidenten, ein Dolmetscher und ein berühmter Schwertsch-lucker aus Afghanistan, der dem mächtigsten Mann der Erde beibringen soll, wie er seine eigenen Worte aufessen kann. Für Roald Dahl, der zuvor das Drehbuch zu dem James-Bond-Film „Man lebt nur zwei-mal“ geschrieben hatte, war der Wettlauf um kultu-rellen und technologischen Vorsprung kein Stellvertreterkrieg. Es war der Krieg, um den es ei-gentlich ging.

Prof. Dr. Jessica C. E. Gienow-Hecht
geb. 1964, lehrt Neuere Geschichte, internationale Ge-schichte und Friedens- und Konfliktforschung an der Uni-versität zu Köln.



Kalter Krieg im Stadion

Dr. Uta Andrea Balbier

Der Kalte Krieg beherrschte die internationale Sportwelt von seinen Anfängen bis zum Zerfall des Ostblocks. Die gegenseitigen Olympia-Boykotte der beiden Supermächte in den Jahren 1980 und 1984 waren nur die Spitze des sportdip-lomatischen Eisbergs. Russen und Amerikaner investierten über Jahrzehnte Mil-liardenbeträge in die Sportförderung. Aber auch deutsche Athleten und Sport-funktionäre wurden zu Akteuren und Spielbällen im Wettkampf der Systeme.

Die internationale Sportwelt eröffnete den kalten Kriegern auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs mehrere Möglichkeiten: In der offensichtlichen Wettbewerbssituation um Millimeter und Hunderts-telsekunden versuchten beide Blöcke die Überle-genheit ihres Gesellschaftssystems unter Beweis zu stellen, wie es SED-Generalsekretär Walter Ulbricht der DDR-Sportbewegung bereits zu Beginn der 1950er Jahre einschärfte. In den 1960er Jahren wurden im westlichen Lager vergleichbare Stimmen laut, und auch hier schnellte die Sportförderung in die Höhe. Gleichzeitig bot die – ihrem Selbstver-ständnis nach – unpolitische internationale Sport-welt diplomatisch kaum anerkannten Staaten wie der DDR Manövrierraum: Diese versuchte sich in den Sportstadien der Welt mit eigener Flagge und Hymne in Szene zu setzen, da die Bundesregierung

umgekehrt bestrebt war, jede auch nur symbolische Anerken-nung des Pankower Regimes zu verhindern.

In einer Welt, in der Leistung, nicht ideologische Überzeugung zählte, mauserten sich die DDR-Sportfunktionäre lange vor der diplomatischen An-erkennung ihres Staates zu ernstzunehmenden Ver-handlungspartnern. Innerhalb des Internationalen Olympischen Komitees, in dem die DDR seit 1966 durch Heinz Schöbel vertreten war, erreichte sie die Akzeptanz ihrer Existenz Jahre, bevor der Grundla-genvertrag 1974 das Verhältnis zwischen der DDR und der Bundesrepublik normalisierte. Die Ge-schichte des Aufstiegs der DDR im internationalen Sport ist jedoch eng mit der Politisierung der olym-

Knapp siegte die bundesdeutsche Staffel (im Bild Heide Rosendahl) bei den Olympischen Sommerspielen in München 1972 vor der DDR-Konkur-renz (im Bild Renate Stecher).